

Newsmail März 2025

Sehr geehrte Damen und Herren

Mitte März hat der Bundesrat dem Parlament für das laufende Jahr Nachtragskredite in Höhe von 674,9 Millionen Franken unterbreitet. Der Grossteil dieser Mittel, nämlich 666 Millionen Franken, ist für den Pflichtbeitrag der Schweiz an die EU-Programme für Forschung und Innovation bestimmt, namentlich für «Horizon Europe», «Euratom» und «Digital Europe». Die Beteiligung von Schweizer Forschenden und Innovationsakteuren an Projektausschreibungen dieser Programme ist seit Januar 2025 möglich; sie wurde im Rahmen der Verhandlungen über das Gesamtpaket mit der Europäischen Union vereinbart. Die Finanzkommissionen beider Kammern werden sich im April und im Mai mit den Nachtragskrediten befassen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass das Parlament diese in der Sommersession bewilligt, um die rückwirkende Assoziierung der Schweiz an das Horizon-Paket zu ermöglichen.

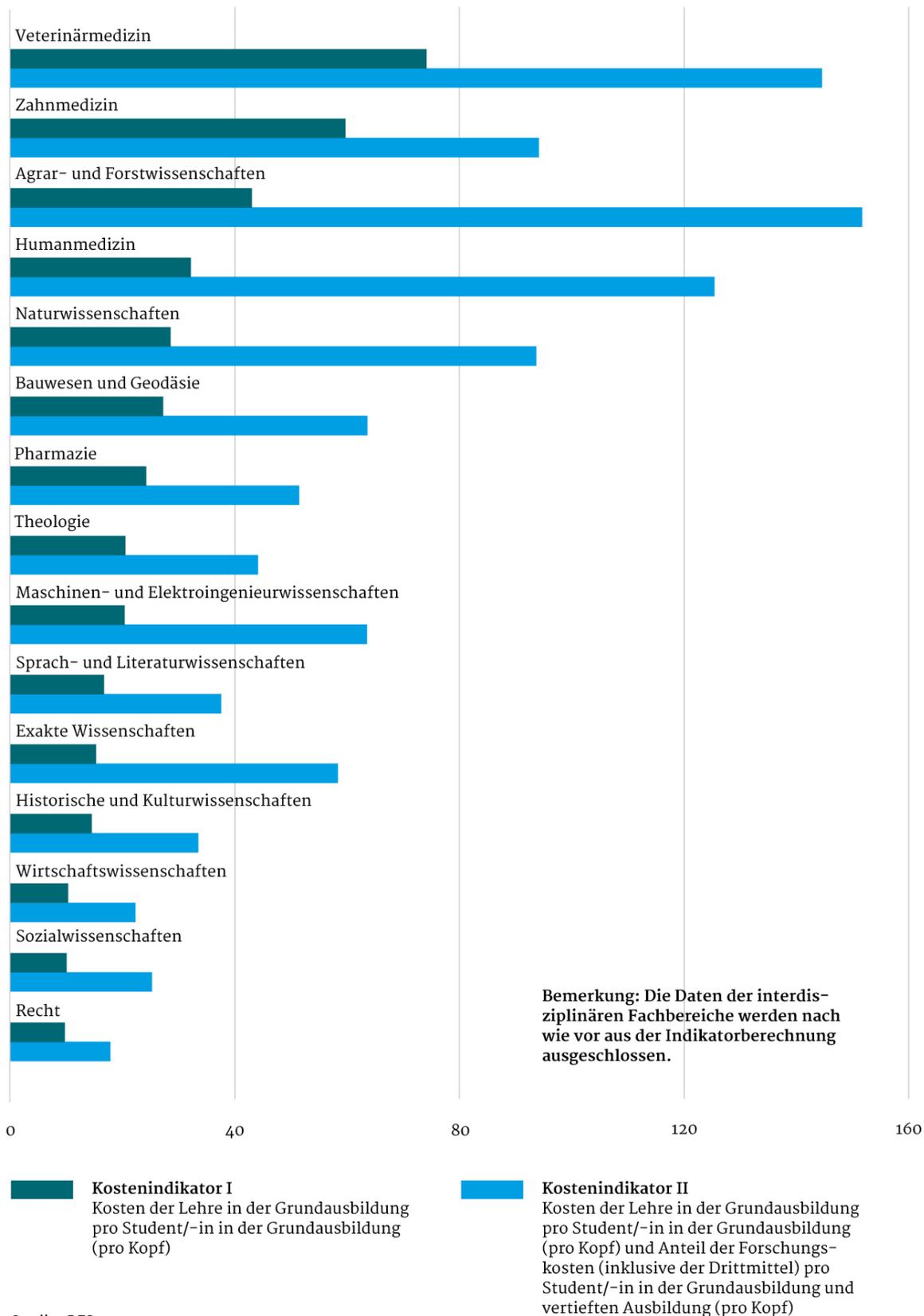
Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

FACTS & FIGURES

Fachbereiche der UH: Kosten pro Studierende, 2023

Grundausbildung / In Tausend Franken pro Jahr



Studienkosten variieren je nach Fachbereich deutlich

Die jährlichen Kosten des Grundstudiums pro Studentin bzw. Student variieren je nach Fachbereich erheblich. Gemäss einer **Analyse** des Bundesamtes für Statistik (BFS) bei den universitären Hochschulen (UH) betragen im Jahr 2023 die jährlichen Kosten für eine Studentin oder einen Studenten der Rechtswissenschaften rund 9'700 Franken, während die Kosten für eine/n Studierende/n der Veterinärmedizin bei über 74'000 Franken lagen (Indikator 1). Der Unterschied wird noch grösser, wenn man neben den

Kosten für die Lehre auch die Kosten für die Forschung berücksichtigt. So beliefen sich die jährlichen Kosten für eine/n Studierende/n der Land- und Forstwirtschaft auf fast 152'000 Franken. In der Humanmedizin lag dieser Betrag bei etwas mehr als 125'000 Franken. Zum Vergleich: Die entsprechenden Kosten für eine Ausbildung in den Rechtswissenschaften lagen bei knapp unter 18'000 Franken (Indikator 2). Diese Unterschiede lassen sich durch die Nutzung der fachspezifischen Forschungsinfrastrukturen und die je nach Fachrichtung unterschiedlichen Betreuungsverhältnisse erklären.

NEUIGKEITEN DES MONATS

28.03.2025 | Fachkräftemangel

Vereinfachter Zugang zur Hochschulbildung für Geflüchtete

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) und swissuniversities wollen Geflüchteten den Zugang zur Hochschulbildung in der Schweiz ermöglichen. Ein entsprechendes Pilotprogramm soll Absolventinnen und Absolventen gezielt für den Einstieg in ein Hochschulstudium vorbereiten. Für die erste Phase des vierjährigen Programms wurden fünf Projekte der Universitäten Basel, Lausanne, Luzern sowie der Fachhochschule Nordwestschweiz und der Pädagogischen Hochschule Luzern ausgewählt.

[Mehr »](#)

25.03.2025 | Geistiges Eigentum

Schweiz meldet pro Kopf die meisten akademischen Patente an

Pro Kopf haben Schweizer Erfinderinnen und Erfinder im vergangenen Jahr weltweit die meisten akademischen Patente angemeldet. In absoluten Zahlen erreicht die Schweiz mit 9'966 Patenten den siebten Rang (+3,2 %). Dies geht aus einem Bericht des Europäischen Patentamtes hervor.

[Mehr »](#)

21.03.2025 | Bilaterale Schweiz-EU

Bundesrat beantragt Ablehnung der Nachhaltigkeitsinitiative

Der Bundesrat beantragt dem Parlament, die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeitsinitiative)» der Stimmbevölkerung ohne direkten Gegenentwurf oder indirekten Gegenvorschlag vorzulegen und zur Ablehnung zu empfehlen. Nach Ansicht des Bundesrates gefährdet die Initiative den Wohlstand und

die Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz und stellt den bilateralen Weg mit der Europäischen Union grundsätzlich in Frage. Die Initiative fordert bis zum Jahr 2050 eine Begrenzung der ständigen Wohnbevölkerung auf unter 10 Millionen Menschen.

[Mehr »](#)

21.03.2025 | ETH-Bereich

Bundesrat legt strategische Ziele für die Jahre 2025-2028 fest

Der Bundesrat hat die strategischen Ziele für den ETH-Bereich für die Jahre 2025-2028 festgelegt. Er erwartet vom ETH-Bereich insbesondere weiterhin eine exzellente Lehre und Forschung sowie eine enge Zusammenarbeit mit Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft. Das Parlament hat hierfür finanzielle Mittel in der Höhe von rund 11 Milliarden Franken bewilligt. Der Bundesrat hat im Weiteren die Erwartung, dass der ETH-Bereich in dieser Periode die Effizienz weiter steigert und dass Synergien in- und ausserhalb des Bereiches genutzt werden.

[Mehr »](#)

19.03.2025 | Raumfahrt

Bundesrat soll in der Weltraumpolitik umfassende Kooperation mit der EU anstreben

Die eidgenössischen Räte fordern den Bundesrat auf, im Bereich der Weltraumpolitik eine umfassende Kooperation mit der Europäischen Union (EU) anzustreben. Der Ständerat hat als Zweitrat mit 37 zu 0 Stimmen bei zwei Enthaltungen eine entsprechende Motion der nationalrätlichen Sicherheitskommission (SiK-N) angenommen. Diese beauftragt den Bundesrat, den Aussenpolitischen Kommissionen der beiden Räte ein Verhandlungsmandat vorzulegen. Der Bundesrat soll diese Gespräche jedoch ausserhalb des vorliegenden Pakets der «Bilateralen III» führen, um dieses Verhandlungsmandat nicht zu überladen.

[Mehr »](#)

19.03.2025 | Ärztinnen- und Ärztemangel

Bundesrat soll für mehr Ausbildungsplätze in der Schweiz sorgen

Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat mit 31 zu 13 Stimmen die Motion «Mangel an Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz. Vorbeugen ist besser als Heilen!» angenommen. Damit beauftragt das Parlament den Bundesrat, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Ausbildung von ausreichend Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz sicherstellt, indem die Anzahl Ausbildungs- und Praktikumsplätze an Universitäten

und in Spitälern erhöht wird. Ziel ist es, insbesondere den Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten in der Schweiz zu beheben.

[Mehr »](#)

14.03.2025 | Entlastungspaket 2027

Kantone fordern Überarbeitung der bundesrätlichen Vorlage

Die Kantone fordern in einer gemeinsamen Stellungnahme die Überarbeitung des Entlastungspakets 2027. Sie kritisieren insbesondere, dass sie nicht in die Vorarbeiten des Bundes miteinbezogen wurden, obwohl sie von der Vorlage stark betroffen sind. Gemäss der Konferenz der Kantonsregierungen gefährden die vorgeschlagenen Entlastungsmassnahmen die Innovationsfähigkeit der Schweiz und verlagern die Kosten einseitig auf die Kantone. Sie fordern den Bundesrat daher auf, die Sparmassnahmen mit den Kantonen abzustimmen, bevor die Vorlage ans Parlament überwiesen wird.

[Mehr »](#)

14.03.2025 | ETH-Bereich

Fast alle strategischen Ziele im Jahr 2024 erreicht

Der Bundesrat hat den Geschäfts- und Finanzbericht 2024 des ETH-Rats zum ETH-Bereich zur Kenntnis genommen. Fast alle strategischen Ziele konnten erreicht werden. Die Zahl der Studierenden und Doktorierenden stieg im Vergleich zum Vorjahr um 3,6%, wobei der Zuwachs in den Bereichen Informatik und Kommunikationstechnologie am stärksten war. Die beiden ETH konnten ihre Spitzenpositionen in internationalen Rankings verteidigen. Zudem leistete der ETH-Bereich mit bedeutenden Forschungsinfrastrukturen wie dem Supercomputer «Alps» einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Forschungsplatzes Schweiz.

[Mehr »](#)

14.03.2025 | ETH-Bereich

Bundesrat will Studierendenzahlen in Architektur, Bauwesen und Geomatik erhöhen

Der Bundesrat hat den Bericht «Eidgenössische Technische Hochschulen: Studierende in den Bereichen Architektur, Bauwesen und Geomatik» gutgeheissen. Um die Studierendenzahlen in diesen Fächern zu erhöhen, gelte es, attraktive Studienangebote und Arbeitsmarktbedingungen zu gewährleisten, so der Bundesrat. Insbesondere bei der Ausbildung von Frauen bestehe in diesen Berufsfeldern ein nicht ausgeschöpftes Potenzial. Ziel müsse sein, dem Fachkräftemangel in den genannten Berufsfeldern entgegenzuwirken.

14.03.2025 | Budget 2025

Bundesrat beantragt Nachtragskredite in Höhe von rund 675 Millionen Franken

Der Bundesrat hat dem Parlament Nachtragskredite für das Budget 2025 in der Höhe von 674,9 Millionen Franken beantragt. Davon sollen 666 Millionen Franken für den Pflichtbeitrag für die Assoziierung der Schweiz an die EU-Programme für Forschung und Innovation «Horizon Europe», «Euratom» und «Digital Europe» verwendet werden. Der Bundesrat rechnet damit, dass die vorläufige Anwendung des EU-Programmabkommens im Jahr 2025 zum Tragen kommt, was eine rückwirkende Assoziierung an diese Programme per 1. Januar 2025 ermöglicht.

[Mehr »](#)

11.03.2025 | SWEETER

Die eidgenössischen Räte einigen sich bei Fördergeldern für die Energieforschung

National- und Ständerat haben sich über die Höhe und den Zeitrahmen des finanziellen Beitrags für die Energieforschung geeinigt. Das Förderinstrument SWEETER (Swiss Research for the Energy Transition and Emissions Reduction) erhält bis 2028 einen Kredit von 35,6 Millionen Franken. Weitere 71,2 Millionen Franken bis 2036 sollen erst im Rahmen der nächsten Botschaften zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation gesprochen werden. Der Nationalrat setzte sich mit einem vierjährigen Zahlungsrhythmus und einer Harmonisierung mit der Laufzeit der BFI-Botschaft durch, während Bundesrat und Ständerat eine langfristige Finanzierung bevorzugt hatten.

[Mehr »](#)

11.03.2025 | Internationale Beziehungen

Martina Hirayama nimmt an Ministertreffen mit Schwerpunkt zum nächsten EU-Rahmenprogramm teil

Martina Hirayama, Staatssekretärin für Bildung, Forschung und Innovation, hat an einem informellen Treffen der EU-Forschungsministerinnen und -minister in Warschau teilgenommen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die strategische Ausgestaltung des nächsten EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation, «FP10», das im Jahr 2028 startet.

[Mehr »](#)

**Kommission für Wissenschaft,
Bildung und Kultur des
Nationalrates (WBK-N)**

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Sie sind bei uns mit der E-Mail-Adresse eingetragen.

Sie möchten keine weiteren Informationen per E-Mail erhalten? **abmelden**

KONTAKT

Netzwerk FUTURE

Münstergasse 64/66, 3011 Bern

Tel. 031 351 88 46

info@netzwerk-future.ch

www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)
und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

1. April 2025
